

Wilsdruffer Tageblatt

Samstagsheft Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Drucken täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Zeitungpreis bei Einzelabnahme monatlich 5 M., durch unsern Abnehmer zugewiesen in der Stadt monatlich 5.50 M., auf dem Lande 5.65 M., durch die Post bezogen einschließlich 17.25 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postensorten und Poststellen sowie unsern Abnehmer und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle überer Bezahlung, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Zeitungsprieis.



Insertionspreis 1.50 M. für die 6-spaltige Korpuszeile über deren Raum, Restraum, die 2-spaltige Korpuszeile 3.50 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Behörden die 2-spaltige Korpuszeile 1.50 M. Nachweisungsgebühr 30 Pf. Nachweisungsgebühr bei Vermittlung 30 Pf. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachweisungsanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 243.

Sonntag den 16. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der Genfer Beschluß soll bis Sonntag an Deutschland und Polen mitgeteilt werden. Eine Nachprüfung durch den Obersten Rat ist zweifelhaft. Wahrscheinlich wird nur die Vorschaltkonferenz einen Beschluß fassen.
- * England wird voraussichtlich keinen Einspruch gegen die Grenzziehung in Oberschlesien erheben. Die wirtschaftlichen Bestimmungen sollen nur „empfohlen“ werden.
- * Deutschland hat am 15. November keine Reparationszahlungen zu leisten, da diese durch die Naturalleistungen vom 1. Mai bis 31. Oktober vollkommen gedeckt sind.
- * Der Reichstag erklärte, daß die Regierung vorläufig nicht zurücktreten will. Der Reichstag wird voraussichtlich Mitte nächster Woche zusammentreten.
- * Im Preussischen Landtag fand eine große Debatte über die Politik des Ministers des Innern Dominicus statt.
- * In Wien begann die Tagung der Völkerbundsliga. Alle europäischen Nationen sind vertreten.

Es darf nicht sein!

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Die bevorstehende Entscheidung über Oberschlesiens Schicksal scheint alle Befürchtungen der Schwarzseher übertreffen zu wollen. Das wahrnehmbare Unternehmen, Hunderttausende von Menschen, die bei der Abstimmung klar und deutlich ihr Befehnis zum Deutschsein abgelegt haben, gegen diesen ihren ausgesprochenen Willen einem fremden, kulturell und sozialpolitisch menschenfeindlichen Staat zurückzugeben, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Sollte aber diese rein menschliche Überlegung in den Ententestaaten auf keine Rücksicht stoßen, so müßte eigentlich, insbesondere in den kaufmännisch und industriell geschulten anglo-amerikanischen Staaten, ein anderer Gesichtspunkt besser gewürdigt werden. Als vor kurzem die Internationale Genfer-Konferenz auf Grund einer Studienreise nach Oberschlesien einen unparteiischen Bericht über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes erstattete, da stellte sie an den Eingang ihrer Untersuchungen den Satz: „Eine Erwägung drängt sich hier vor allem auf, die von um so größerem Gewicht ist, als sie von beiden Seiten anerkannt wird: Sie geht davon aus, daß das in Frage kommende Gebiet — und zwar nicht nur das verhältnismäßig kleine eigentliche Industriegebiet, in dem die Fabriken konzentriert sind, sondern auch die Nachbarregionen mit ihren Rohstoffquellen eine Einheit bilden.“

In der Tat, Oberschlesien, dieses in verhältnismäßig kurzer Zeit mit allen Mitteln einer bis ins feinste durchgedachten Technik aus der südöstlichen Ecke Deutschlands hervorgebrachte gewaltige Industriegebiet, diese Zusammenpressung von Hüttenwerken, Bergwerken, Eisen- und Stahlwerke, Kokerien, Zink- und Bleiwerkstätten, Zement- und Portland-Zementfabriken auf engem Raume, ist eine in sich durch laufend fließende verbundenen wirtschaftliche Einheit, ein lebender Organismus, der wiederum durch viele Zufuhr- und Abfuhrkanäle mit dem deutschen großen Wirtschaftskörper verbunden ist. Eine Operation, die es unternahm, diese aus dem ober-schlesischen Organismus einzelne Teile herauszulösen, wird allem leicht in einem Verbluten des Gesamtorganismus führen. Im ober-schlesischen Industriegebiet qualmen Hüttenwerke über einem von der Natur reichgelegneten Stück Erde, in dem zu oberst Eisenerz, dann Zink- und Bleierz mit den für den Hüttenbetrieb unentbehrlichen Zuschlagsmaterialien Kalk und Dolomit, gelagert sind. Unter diesen liegt wieder der Brennstoff, die Kohle. Es ist eine einzige große Kohle, ein riesiges Unternehmen, errichtet am „natürlichen Standort“, das heißt an der Zusammendrängung aller Rohstoffe, und vor allem gepeist aus ein und denselben Kraftquellen nach dem Prinzip der einheitlichen Elektrizitätsversorgung großer einzellicher Strecken. Auch die gesamte Anlage der Verkehrsmittel, das Netz der Eisenbahnen, Kleinbahnen und Straßenbahnen und die Wasserversorgung sind vollkommen eingestuft auf die selbstverständliche Einheit des ganzen Industriebezirks.

Der englische oder amerikanische Unternehmer, der ein derart einheitlich organisierendes Privatunternehmen in zwei Teile zerlegen würde, müßte in den Augen seiner Berufsgenossen für einen kompetenten Narren gehalten werden. Denn er verflüchtigt sich sowohl gegen die elementarste Vernunft, als auch vor allem gegen die Grundzüge industrieller und kaufmännischer Rentabilität, die in der Herabdrückung der Selbstkosten und in der Verbilligung des Produktionsprozesses durch möglichs Vereinfachung und Vereinheitlichung des Betriebes bestehen. Man sage nicht, daß diese Gründe nicht ausschlaggebend sein dürften, weil es sich hier nicht um einen privaten Betrieb, sondern um ein ganzes Industriegebiet handelt! Genau so wie der Unternehmer (und mit ihm die Volkswirtschaft) ein großes Interesse an dem Gedeihen eines großen Werkes und an der möglichst preiswerten Herbeiführung der Bodenschätze hat, so hat die gesamte Weltwirtschaft ein ungemessen starkes Interesse an dem Gedeihen großer Industriebezirke und vor allem an der Förderung der riesigen Bodenschätze Oberschlesiens, das allein in

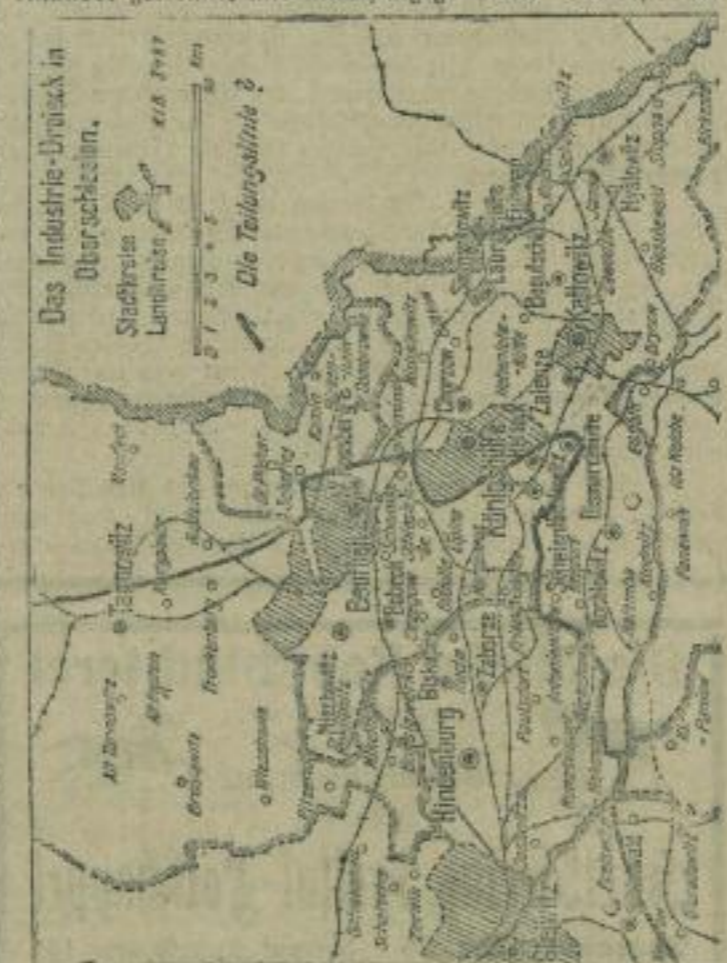
Liefen bis zu 2000 Meier, etwa 113 000 Millionen Tonnen abbaufähige Steinkohlen umfaßt!

Die Bereicherung des ober-schlesischen Industriegebietes ist ein noch unfassbar schweres Unglück für Deutschland, das unser Vaterland in die größten wirtschaftlichen Krisen und Nöte stürzen muß. Sie ist weiter ein Faustschlag in das Gesicht der Menschlichkeit und ein Attentat gegen die Würde der Nationen. Sie bedeutet aber auch eine Abgabe an die gesunde Vernunft und eine ungemein schwere Schädigung der Weltwirtschaft. Denn die auf Kohle, Erze und industrielle Rohstoffe, auf die Qualitätsarbeit deutscher Arbeitskräfte angewiesene Weltwirtschaft muß es als einen bis in alle Länder fühlbaren Verlust buchen, wenn einer der höchst entwickeltesten zukunftsreichsten Industriebezirke der Welt an ein Land verschachert wird, dessen Bankrott dadurch doch nicht aufzuhalten ist, das niemals imstande sein wird, Oberschlesien auch nur annähernd auf der gleichen Höhe zu halten und unter dem die Kohlenförderung nicht aufrechterhalten werden kann. Und so muß der gesunde Menschenverstand und das nächste wirtschaftspolitische Denken und Fühlen in der ganzen Welt mit Recht gegen diesen Zerfallsbeschluß aufgebracht werden, der um keinen Preis das letzte Wort in der ober-schlesischen Schicksalsfrage sein darf.

Die Grenze wird diktiert.

Das Wirtschaftsabkommen wird „empfohlen“. Die auf Grund englischer Meldungen entstandene Hoffnung, daß der Genfer Beschluß nicht auch zum Beschluß der alliierten Mächte erhoben werden würde, ohne wenigstens einer Nachprüfung und einem Vergleich mit dem Friedensvertrag unterworfen zu werden, scheint sich nicht mehr halten zu lassen. Das amtliche Bureau Havas meldet: Die englische Regierung hat tatsächlich den Wunsch geäußert, festzustellen, ob die Empfehlung des Völkerbundesrates

dem Versailler Vertrage entspreche, bevor sie bekräftigt wird. Havas bemerkt hierzu, in dieser Beziehung scheint es kaum einen Zweifel zu geben. Das Gutachten des Völkerbundesrates enthalte zwei voneinander getrennte und unabhängige Teile. Der erste Teil



enthalte die Befestigung der Grenze zwischen Polen und Deutschland in Oberschlesien. In dieser Beziehung ergäben sich keine Schwierigkeiten. Abgesehen von der Grenzlinie enthalte das Gutachten aber noch Punkte betreffend wirtschaftliche Fragen, deren Annahme vom Völkerbundesrat als wünschenswert zur Vervollständigung der Grenzlinie erachtet wird. So wünschenswert auch

ein vorläufiges Wirtschaftsregime, wie es vom Völkerbundesrat empfohlen werde, erscheine, könne es doch nicht geschmäht den beiden beteiligten Parteien anferlegt werden. Man werde sich also darauf beschränken, den Polen und den Deutschen zu raten, sich miteinander zu verständigen, um die Ausbeutung des Industriegebietes zu sichern. Bezüglich der Grenze werde von den Alliierten also eine endgültige Entscheidung getroffen werden, bezüglich des vorläufigen Wirtschaftsregimes aber

nur eine Empfehlung folgen. Es habe nicht den Anschein, daß eine Konferenz

des Obersten Rates nötig sein werde, um den Vorschlag des Völkerbundesrates zu bekräftigen. Somit würde wahrscheinlich dem Vorschalterrat die Aufgabe zufallen, die Entscheidung der Alliierten Warschau und Berlin mitzuteilen, was zweifellos zu Beginn der nächsten Woche erfolgen werde. Vorher würde die Internationalisierte Kommission inoffiziell verständigt werden, die alle zur Aufrechterhaltung der Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen haben werde.

Binnen eines Monats nach der Ratifizierung der Entscheidung würden die polnische und die deutsche Regierung für die Verwaltung ihrer Gebiete zu sorgen haben. Die Aufgabe der Internationalisierten Kommission werde sofort nach der Durchführung der französischen Truppen ihr Ende finden.

Der Einfluß auf die „Reparationen“.

Die geschmäuerte Produktionsbasis. Den Mittelpunkt der politischen Erörterungen in Berlin, die sich an die Genfer Entscheidung anknüpfen, bildet die Frage, welche Folgen sich aus der unheimlichen Grenzziehung, falls diese sich nicht noch irgendwie verhindern läßt, für die gesamte Politik Deutschlands gegen seine Verbündeterstaaten ergeben. Dabei liegt es klar auf der Hand, daß nach so schweren Verlusten für uns nicht mehr die Möglichkeit besteht, unsere im Ultimatum übernommenen Verpflichtungen im bisherigen Umfang zu erfüllen. Da die genannten Einzelheiten des Völkerbundesurteils nicht einwandfrei bekannt sind, muß man sich vorläufig auf Schätzungen dieser Schädigungen beschränken. Bei der sehr verzweigten Verflechtung der Kohlen- und Erzeugnisse und den gesamten Industriebeziehungen des ober-schlesischen Reviers sind auch solche Schätzungen mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Es würde eine weitgehende

Ausstellung des deutschen Wirtschaftssystems, insbesondere auf die noch mehr geschmäuerte Kohlen- und Kraftversorgung notwendig werden, deren Einzelheiten sich noch nicht übersehen lassen. Man kann Paraphrasieren auch der Ansicht, daß keinerlei politische Entscheidung möglich sein wird, ehe nicht völlige Klarheit über den Umfang der von Deutschland geforderten Opfer eingetreten ist. Dieser Standpunkt gilt insbesondere auch von der Koalitionspolitik. Aus diesem Grunde ist im Augenblick auch die sogenannte „innere Krise“ zu einem vorläufigen Stillstand gekommen, und die Panne wird dazu benutzt, um durch unverbändliche Besprechungen den Boden für eine größere politische Aktion im Sinne einer Regierungsbereitigung vorzubereiten.

Eine Verlustliste.

Wenn die Nachrichten über die Teilung Oberschlesiens sich bestätigen, dann gehen 88 Prozent der ober-schlesischen, bzw. 42,5 Prozent der gesamten deutschen Kohlenvorräte bis zu 1500 Meier Tiefe verloren. 64 Prozent der ober-schlesischen Steinkohlenförderung kommen an Polen, was nach den Förderungsziffern von 1913 einen jährlichen Anfall von 28 Millionen Tonnen Steinkohlen für Deutschland bedeutet. Es kommt hinzu, daß die deutsch bleibenden Kohlenwerte zum großen Teil stark abgebaut sind. Von der gesamten deutschen Zinkproduktion gehen mehr als 60 Prozent an Polen verloren, ebenso kommen sämtliche deutschen Zinkhütten Oberschlesiens in polnische Hände. Von der deutschen Bleierzförderung und den darin enthaltenen Silbererzen gehen 27 Prozent verloren, da 75,4 Prozent der ober-schlesischen Bleierzvorkommen in dem abgetrennten Gebiete liegen. Für die Eisenindustrie lassen sich noch keine ganz genauen Zahlen mitteilen, doch ist auch hier mit einem Verlust von mehr als 63 Prozent der ober-schlesischen Eisenindustrie zu rechnen.

Der türkische Sieg am Sagaria.

Kaltstellung des griechischen Feldherrn. Die Türken bleiben dabei, daß bei den letzten Kämpfen der Sieg bei ihren Fahnen war. Die alliierten Nachrichten, nach denen die griechische Armee in dem Abschnitt des Sagaria einen großen Sieg davongetragen haben soll, werden für unrichtig erklärt. Die Türken zeigen vielmehr in diesem Abschnitt ihren Vormarsch fort.

Diese Kaltstellung erhält eine bedeutende Stütze durch die alliierte Meldung, daß das griechische Kabinett den General Dusanis, der erst vor kurzem Generalstabschef der Armee geworden war, jetzt plötzlich aus dem Dienst entlassen hat!

Liman von Sanders' Ansicht.

Der Führer der früheren deutschen Militärmission in der Türkei, Marschall Liman von Sanders, äußerte über die Lage im nahen Orient u. a.: Der Kampf der Griechen gegen den türkischen Freiheitskämpfer Mustafa Kemal ist ein Verzicht Englands, den ihm in je a Orientplänen ungenügendes Schicksal niederkürigen. Auf jenem hat die Engländer gründlich verbrochen, wenn sie in die im Kampfe gerade die Griechen vorhaben. Kein Volk begehrt in der heutigen mohammedanischen Weltstellung so ausgesprochenem Maße wie das griechische. Die Stellung des Königs Konstantin scheint hart gefährdet zu sein. Die Engländer werden auf die Hilfe Griechenlands zur Not ver-